



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/250 - 29. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 890

Der Test des 28. Oktober	S. 1
Frankreichs Dilemma in Nordafrika	S. 3
Herbert Wehner, MdB. - Zur Lage in Ungarn und Polen	S. 5

Das Votum gegen Bonn

sp. Der Erfolg der SPD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und auch Niedersachsen ist größer als selbst die Optimisten der Partei angenommen hatten. Da alle Berichte der letzten Wochen darin übereinstimmten, dass in den Wahlversammlungen bundes- und landespolitische Gesichtspunkte eine hervorragende Rolle gespielt haben - unabhängig davon, ob man das für "richtig" hält oder nicht - muss das Ergebnis auch so gewertet werden. Auch der geschlossene Trend mit nur graduellen Unterschieden in allen drei Ländern ist ein klarer Beweis dafür, dass die Wähler ein politisches Votum abgeben wollten, mit mehr oder weniger deutlichem Hinweis auf die Wahl zum nächsten Bundestag. Wären für die Stimmabgabe in wesentlichen kommunale oder regionale Erfahrungen und Wertungen bestimmend gewesen, hätte das Ergebnis nicht so einheitlich ausfallen können.

Dies schließt nicht aus, dass in dem Ausgang der Wahl in den meisten Fällen auch der Dank der Bürger für eine erfolgreiche sozialdemokratisch geführte Gemeindepolitik zu sehen ist bzw. dass man in anderen Gemeinden eine Ablösung der bisherigen Führung wünscht. Köln, Düsseldorf und Essen sind dafür bezeichnend. In sehr vielen anderen Großstädten gelang es der SPD, die absolute Mehrheit zu erringen. Da die letzte Bundestagswahl 1953 der SPD gerade in einer ganzen Reihe von Großstädten erhebliche prozentuale Verluste gebracht hatte, ist das Aufholen und darüber hinaus der Gewinn neuer Wähler so begrüßenswert.

In ersten, offensichtlich recht bestürzten Stellungnahmen - 2 -

von CDU-Seite wurde der sozialdemokratische Wählerfolg mit der Auslösung der kommunistischen Stimmen erklärt, die nach dem Verlust der KP diesen Ausweg gewahrt hätten. Das Argument mit permanenter Verdrängung nicht stand, es wird daran zu denken, dass die einzige Beispiele: In Nordrhein-Westfalen erhielt die SPD bei den Bundestagswahlen 1953 rund 200 000 Stimmen. Der kommunistische Stimmenzuwachs bei den Gemeinderatswahlen beträgt rund 750 000, d.h. dass mindestens über eine halbe Million Wähler unter keinen Umständen aus der kommunistischen Lager kommen können. Dazu kommt, dass, wie z.B. in Baden, Stadt- und Landkommunisten als sogenannte "Unabhängige" kandidierten, also einen beträchtlichen Teil kommunistischer Stimmen auf sich zogen. In Baden allein hat die SPD 180 000 Stimmen erhalten und die christliche führende Partei, die CDU, damit nur rund 45 000 gesammelt. Der kommunistische Stimmenanteil an der Landeswahl betrug 27,7% in dieser größten Industriestadt des Rheinlandes nur 14,000. (In Köln, die als eine Hochburg der Kommunisten, stieg die SPD ebenfalls mit 14 000 Stimmen Vorzug vor der CDU, die hier im Vergleich zu den Bundestagswahlen mehr als 30 000 Wähler verloren hat). Der Anteil der CDU auf die Kommunisten ist noch größer. Wie für Hessen zu, wo die CDU im Vergleich zu 1953 347 000 Stimmen verlor, die SPD mit 1 291 000 weit die Millimetergrenze überschritt. Die CDU hatte 1953 2 253 000 Stimmen, während der Verluste kommunistischer Stimmen zuwachs rund 260 000 beträgt. Über die 607 000 Wähler, die 1953 auf die SPD 1 250 000 Stimmen gaben die CDU erhielt bei der Kommunalwahl in 1957. Diese wird der CDU-Frage, der SPD-seitige Wähler in anderer Linie auf den hindurchkommene CDU-Wähler, der Wähler zuzunehmen. Im Hinblick auf es so, dass eine Million Wähler bei den Wahlen auf allen Gebieten der Bevölkerung neue Wähler zur SPD gestiegen sind. In Nordrhein-Westfalen haben im Vergleich zu 1953 rund 600 000 neue, d.h. junge Wähler zuzunehmen. Und 700 000 Stimmen keine jedwede der Kommunisten bei der CDU. Daraus, dass die eine Linie mit der anderen in einem Zusammenhang steht, kann es wohl kaum einen Zweifel geben.

In Nordrhein-Westfalen hat bei der Wahl von Dr. Grottel

als eine Probe auf Zustimmung oder Ablehnung der Regierung Striehoff durch die Bevölkerung heraussetzt. Diese Probe haben die Parteien der gegenwärtigen Regierung vorzüglich bestanden. Erste CDU-Kommentare sprachen von einem schweren Rückschlag der FDP. Aber auch das stimmt nicht. Im Vergleich zu den Wahlbestimmungen hat die FDP 28 000 Stimmen gewonnen, ihr Prozentanteil stieg von 8,9 auf 9,6. Das deutet auf auch die Regenerationskraft des Zentrums. Diese rein katholische Partei hatte 1953 217 000 Stimmen erhalten, bei den jetzigen kommunalen Wahlen entfiel nur ihre Familienliste 198 000 Stimmen. Insgesamt gesehen kann sich die Regierung Striehoff also auf eine solide Mehrheit in den größeren Land der Bundesrepublik berufen. Das riefet aber schon buchstäblich seinen Niederschlag in der Tatsache, dass die CDU innerlich von drei Jahren von ihrer bisher sicheren Position mit 45,9 % auf 38,1 % abgesunken ist und sich die Sozialdemokratie allein 44,3 Prozent auf sich vereinigen konnte. Darin liegt eine klare Bestätigung der Wendung in der deutschen Politik, die mit der Regierungserklärung in Düsseldorf vom Februar dieses Jahres eingeleitet worden ist.

Ungefähr die Hälfte aller Wahlberechtigten in der Bundesrepublik haben am Sonntag ihre Stimme abgegeben. Die SPD hat dabei mit Abstand vor der CDU an die erste Stelle gerückt. Ihr Stimmenanteil hat die 40-Prozent-Grenze erreicht, teilweise hat er drittens, die CDU hat im Durchschnitt 12 - 13 % ihrer Stimmen eingebüßt und verloren. Sie kann nun nicht mehr den Anspruch erheben, die führende politische Kraft in Westdeutschland zu sein. Die Gründe für den Niedergang liegen einerseits in gewissen und überholten Partei- und nicht allein in der Pahlgriffen ihrer obersten Parteispitze. Sie liegen in der gesamten unzeitgemäß gewordenen rassen- und innenpolitischen Konzeption, die von einer Mehrheit der Bevölkerung als unvereinbar mit den deutschen Lebensinteressen angesehen wird.

Handstreich mit zweifelhaften Folgen

Immer noch steht die französische Politik vor der Aufgabe, mit der neuen Welle von Widerstand und Empörung fertig zu werden, die sie selbst durch den piratenhaften Handstreich der Gefangennahme von fünf Führern der algerischen Aufstrebewegung in ganz Nordafrika ausgelöst hat.

Zunächst hagelte es Proteste. Es protestierten der Sultan von Marokko, da es sich um seine Gäste handelte, und es protestierte beinahe die gesamte arabische Welt - obwohl sie mit der Sache selbst direkt nichts zu tun hatte. Marokko berief seinen Pariser Botschafter ab, in Paris trat der Staatssekretär für Nordafrika, der Sozialist Savary, zurück, und in Marokko kam es zu blutigen Unruhen, die in 45 Stunden mehr als vierzig Todesopfer unter den Europäern forderten. In Tunis und in etlichen marokkanischen Städten trauten sich die Europäer, und besonders die Franzosen, nicht auf die Strasse. Sultan Mohamed von Marokko verlangte die Freilassung seiner Gäste, die sich voll Vertrauen auf seine Zusicherungen auf die Reise nach Tunis begeben hätten. Dem Ersuchen des Sultans wurde nicht entsprochen, ja es wurde in Paris erklärt, es sei bedauerlich genug, dass der Sultan so ungezügelt Beziehungen zu Führern eines gegen Frankreich gerichteten Aufstandes unterhält.

Es war nicht zu erwarten, dass Frankreich die Rebellen freilässt, nachdem es sie einmal in Händen hatte. Eine andere Frage ist die, ob das ganze Vorgehen politisch klug war. Tatsächlich scheint es auch, dass Ministerpräsident Guy Mollet zuerst über den Schritt der französischen Behörden in Algerien entsetzt war - wenigstens gibt die Wochenschrift "L'Express" Einzelheiten an, die zu der Annahme berechtigen, dass Mollet weit davon entfernt war, über den Erfolg der "Polizeiaktion" begeistert zu sein. Dennoch hielt er es für richtig, das Ganze gegenüber dem Parlament zu decken, und tatsächlich blieb ihm kaum etwas anderes übrig, selbst wenn er weiterhin der Meinung war, dass die Aktion unabsehbare Folgen haben kann.

Sofort hat sich, wie erwähnt, die arabische Welt in Gestalt der

Arabischen Liga des Vorganges bedient, um ihre Solidarität mit dem besiedigten Sultan und der gekränkten tunesischen Regierung zu betonen. Von solcher Solidarität war zuvor nicht viel zu spüren gewesen. Im Gegenteil, da die beiden seit kurzer unabhängigen Staaten weiterhin mit Frankreich verbunden und verbündet blieben, waren sie in Ägypten und Syrien durchaus nicht sehr beliebt. Das mag sich jetzt ändern, und das Gegengewicht, das sie zugunsten Frankreichs gegenüber der Arabischen Liga darstellten, mag an Schwere nachlassen.

Dazu kommt, dass es schon seit geraumer Zeit Kräfte gibt, die, besonders in der USA, auf den Augenblick warten, der einen Zwiß zwischen den beiden nordafrikanischen Staaten und Frankreich hervorbringen würde. Diese Kräfte haben - so wenigstens konnte man aus französischen Darstellungen ersehen - erhebliches Interesse an den Erdölvorkommen im Süden Marokkos und Tunesiens, in Gebieten also, die Frankreich vermutlich nur dann kontrollieren kann, wenn seine Beziehungen zu Marokko und Tunesien freundschaftlich sind und bleiben.

In hoher Masse rückt ist ferner die Lage der Franzosen und überhaupt der Europäer in den beiden nordafrikanischen Ländern geworden, seit als Folge der gelungenen Seefangnahme sich die Volkswut gegen alles Französische richtet. Die Stellung der französischen Truppen in beiden Staaten wird dadurch noch komplizierter als sie es schon war, dass diese Truppen selbstverständlich versprochen werden, ihre Landeloute zu schützen. Über diese zahlreichen Folgen der Wutheftung waren sich der sozialistische Ministerpräsident von Algerien, Robert Lacoste, und seine Mitarbeiter entweder nicht klar, oder aber sie meinten, es sei wichtiger, die fünf Männer zu fangen und auf diese Weise zu zeigen, dass Frankreich in der gegenwärtigen Krise seiner Position in Nordafrika nicht so hilflos ist, wie es in letzter Zeit manchmal scheinen konnte.

29. 10. 1956

Die Grenzen der Gewalt

Von Hartart Lehner, NDR.

Die blutigen Ereignisse in Ungarn, die tagelang die Welt in höchste Spannung versetzt haben, stehen vor ihrem Abschluß. Inzwischen sind die Entwicklungen in Polen, die angesichts des Volksaufstands in Ungarn etwas klärender zu wirken schienen, folgerichtig weitergegangen. Unabhängig davon, was sich in den nächsten Wochen noch an Einzelheiten über den Gang der Ereignisse in beiden Ländern ermitteln lassen oder herausstellen wird, steht schon jetzt fest, daß sowohl Polen als auch Ungarn künftig nicht mehr als Satelliten- oder Vasallenstaaten betrachtet werden können. Weder vermag Moskau - falls es das wünschte - sie einfach als Satelliten zu behandeln, noch vermagte der Westen - falls dort die Neigung zu doktrinären Entwürfen noch weiter bestehen sollte - sich den beiden Ländern gegenüber so zu verhalten, als wären sie lediglich Satelliten. Von der Art und Weise, in der Moskau um die Hauptrolle des Ostens dieser neuen Lage gerückt werden, wird nicht unwesentlich abhängen, in welchem Umfang und in welcher Richtung das "East-Cat"-Verhältnis überhaupt sich verändert.

So verschieden die Ereignisse in Polen und Ungarn sich äußerlich verlaufen sind und vielleicht noch weiter verlaufen werden, haben sie doch einen übereinstimmenden Ursprung. Die andere Lage beider Länder erlebte gebieterisch eine grundlegende Änderung des Verhältnisses, in dem sie bisher von Moskau aus als Glieder des Sowjetblocks gehalten worden sind. Weder die wirtschaftlichen Bedingungen, noch die nationalen Gefühle hätten sich Fortschritt dieses Unterordnungsverhältnisses auf menschenwürdige Art verändert und befrichtigt werden können. Nicht zuletzt innerhalb der herrschenden kommunistischen Parteien wurde ein klaffender Widerspruch zwischen Theorie und Praxis dadurch aufgerissen werden, daß zwar den sowjetrussischen Kommunisten erlaubt sein sollte, eine weitgehende Revision der Jahrzehntelangen Stalin-Politik durchzuführen, weil die Kommunisten in den volksdemokratischen Ländern sich weiter in einer nur wenig geklärten Weise so verhalten sollten, als seien die unter Stalin geschaffenen Testamente unveränderlich.

Man wird diesen Entwicklungen nicht gerecht, wenn man sie lediglich unter dem Gesichtspunkt zu bewerten versucht, "der Kommunismus" habe versagt oder sei die Quelle allen Übels. In Polen wie in Ungarn

24. 10. 1986

Leben, sowohl Kommunisten wie auch Nichtkommunisten sind dies für die grundlegende Änderung ausgesprochen und eingesetzt. Es kann nicht mehr bestritten werden, dass es kommunistische Folgen von kommunistische Ungarn gibt, die bereit und fähig sind, für ihr eigenes Land einzutreten und nicht länger ein untergeordnetes und ungewolltes Objekt der Interessen des eigenen Landes zu sein, sondern, wie es die Realität zu zeigen werden, eine kommunistische Politik - oder was die darunter verstanden - zu betreiben. Es kam aber nicht dazu, bestritten werden, dass Polen und Ungarn immer politischer Niedrigststand und Abhängigkeiten seien, mit Polen vor Ungarn, die zur kommunistischen Richtung gehören, das Versuchen zu werden, die Anselmungen der eigenen Länder zu ändern und dabei auch zu einem neuen Verhältnis mit Sowjetunion zu gelangen. Dieses Verhältnis kann nicht länger für die Unterordnung sein. Es wird aber auch nicht für einen politischen, wie die Gleichberechtigung und Parteilosigkeit, die in der ganzen Welt der Welt drängen, werden auch das Verhältnis der kommunistischen Welt - den Indier, esziehungswelt der Länder, in denen Kommunisten herrschen oder weniger ausgeprägter sind, zur Sowjetunion grundlegend bestimmen.

Weshalb muss man entscheiden, ob es sich um ein und vielmehr um Grund- oder Satelliten und Unterordnungsverhältnisse. In der Realität hat es gar keine Alternative, wenn es nicht wieder gibt, dass es in der niedrigeren Kolonialpolitik und Afrika die schweren Hindernisse der Glaubwürdigkeit erlauben würde. Wenn es endlich auch die unvermeidlichen Widersprüche und Widersprüche der Welt sein Ereignissen ziehen müssen. Es gibt in diesen Ländern die Grund der eingetretener Schwierigkeiten nicht zurückzuführen auf ein Stalinismus, der nur wenig modifiziert sein würde, aber schon er hätte haben die Strömung der Zeit gegen sich.

In den Haupttendenzen des Bestens muss man sich eben entscheiden. Steht sich Spielzeit und hinauszugehen, muss man unter gewisse Regeln, dass es dem Westen auf die Unabhängigkeit der Länder - ungetrieben ihres inneren Regimes - und auf die Selbstbestimmungsrechte der Völker ankommt, auch wenn diese Völker eigene Wege zum Sozialismus suchen. Am schlechtesten steht moralische Unterstützung denen an, die eigene

Kolonien oder "Stützpunkte" unter Aufsicht, beträchtlicher Gewalt zu helfen versuchen.

In den Ländern, die zur Zeit von den nachvollten Aussagen ergriffen sind, wie in Polen und Jugoslawien zu dramatischen Professionsgelehrten haben, zeigt es sich, welche Anzeichen der Gewalt gesehen wird. Es zeigt sich dabei auch und wird sich wahrscheinlich noch an manchen Beispielen zeigen, dass überall dort, wo Kräfte die Führung an sich reißen wollen, die eine Gesellschaftsordnung errichten möchten, die eine "freie" Ausbeutung des Menschen durch andere Menschen zum gäbe, die Dinge unerhört kompliziert und unerschaffen unklar werden. Die Ausbeutung - sei es die durch andere Menschen oder durch den Staatsapparat - soll weg. Das ist die Grundtendenz des Strebens der meisten Menschen, die durch die sozialistischen Revolutionen der sozialistischen Länder geboren sind.

Selbstzufrieden gibt man sich zur Zeit eigentlich nur im örtlichen Kern und im amtlichen Pankow, wo man dazu die geringste Verwaltung hätte. Das örtliche Kern bestätigt sich selbst die "Richtung" seiner bisherigen "Gesellschaft". Das örtliche Pankow tröstet sich damit, dass es eigentlich nie der "transitorischen Welt" gegenüber sei. Sowohl das örtliche Kern als auch das örtliche Pankow werden aber zum Sozialismus Selbstzufriedenheit schließlich einrollen müssen. In der Masse, in dem die Grenzen der Gewalt offenbar werden, werden auch die Grenzen der doktrinären Betrachtungs- und Verhaltensweisen zu den Strukturen der Zeit offenbar. In Polen und in Jugoslawien sind diejenigen eine Schlacht verloren, die von der Verantwortlichkeit totalistischer Systeme in der einen oder anderen Richtung überzeugt werden.

Verantwortlich: Peter Kozan

SPD-Presseamt

r/XI/250/Anhang

A n k u n d e

an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Genossinnen und Genossen!

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen haben uns einen grossen Erfolg gebracht. Wir verdanken ihn in erster Linie den sozialdemokratischen Frauen und Männern, die in den vergangenen zehn Jahren als Gemeindevorsteher, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete tätig waren. Unter schwierigen Verhältnissen, die besonders in der ersten Phase waren gegeben waren, haben sie vorbildliche Arbeit geleistet. In der gleichen Weise haben sie damit das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewonnen. Der Erfolg des gestrigen Tages ist der beste Dank für ihre Tätigkeit.

Neben ihnen haben die Genossinnen und Genossen der Wahlkreise hervorragend zu dem Wahlsieg beigetragen. Es zeigte sich auch hier wieder, dass der parteiliche Einsatz für eine grosse Sache unverwundbar ist, als diese Propaganda, die sich nur auf grösste finanzielle Möglichkeiten stützt.

Allen, die zu diesem Sieg der Partei beigetragen haben, dankt der Parteivorstand für ihre selbstlose Arbeit. Die Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer Entscheidung auch die Verantwortung für die Innenpolitik der Sozialdemokratie auf sich genommen. Erst der Vergleich mit der Bundestagswahl zeigt den vollen Umfang des sozialdemokratischen Erfolges und den Verlust, den sie nicht erlitten hat. Von den politischen Gegnern haben wir verkündet, dass der Ausgang der Bundestagswahl ein Test für die Bundestagswahl im nächsten Jahr sein sollte. Sie haben diesen Test erkalten. Es ist unverkennbar, die ihre Absicht ist zu Ende.

Auf der Grundlage unseres Kampfes muss weiter gearbeitet werden, um den Sieg bei der Bundestagswahl zu sichern. Unser Ziel bleibt die Abhängung des verhängnisvollen Vier-Klassen-Systems durch eine Politik der geistigen Freiheit und der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit.

Mit sozialistischem Grüssen
Partei-Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Honn., den 29. Oktober 1956